

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

FBP setzt Zeichen: Klare Programmpunkte für und mit Frauen

Mit Dr. Cornelia Gassner erstmals eine Frau für ein Regierungsamt nominiert – Arbeitswelt der Frauen sicherstellen

(M.) – Die FBP hat die Frauen und ihre Anliegen seit jeher ernst genommen. Mit der Nomination der ersten Frau für ein Regierungsamt in der Person von Dr. Cornelia Gassner aus Mauren hat die FBP ein weiteres Zeichen gesetzt. Wer am kommenden Wochenende FBP wählt, leistet damit einen persönlichen Beitrag dazu, dass die Frauen durch die fachlich ausserordentlich qualifizierte Juristin und Mutter aus dem Unterland endlich auch in unserer Regierung direkt vertreten sind.

Wie würde der FBP-Parteitag sich zur erstmaligen Nomination einer Regierungsrats-Kandidatin stellen? Man durfte am letzten Montagabend in Vaduz wirklich gespannt sein, wie dieser mutige aber konsequente Schritt der Parteiführung in den Abstimmungsurnen quittiert würde. Das Abstimmungsergebnis schliesslich fiel überwältigend aus. Mit 436 von 442 Stimmen konnte die 34jährige Unterländerin sogar die meisten Stimmen auf sich vereinen: Ein deutlicheres Bekenntnis zur Frau in der Politik hätte der imponierend besuchte Parteitag nicht liefern können.

Bestätigung der FBP-Politik

Dass die FBP mit ihrer ehrlich gemeinten Frauen-Politik in der Vergangenheit mehrmals Zeichen setzend war, zeigte sich etwa 1986 als mit Emma Eigenmann-Schädler (FBP) erstmals eine Frau den Sprung in den Landtag schaffte und 1991, als mit Maria Marxer (FBP) in Gamprin erstmals eine Frau als Gemeindevorsteherin gewählt wurde.

Drei Landtagskandidatinnen

Für die bevorstehenden Wahlen hat die FBP mit Martha Tschikof-Bühler (Triesenberg), Dr. Renate Wohlwend (Schellenberg) und Martha Spiegel-Oehri (Mauren) drei fähige Frauen für den Landtag nominiert. «Wir würden uns allerdings noch mehr Frauen auf der Liste wünschen, aber wir müssen uns darüber im klaren sein, dass das Frauenstimmrecht für Liechtenstein eine recht neue Errungenschaft darstellt», gab FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer am Parteitag in Vaduz offen zu bedenken. Dass die FBP, die sich stets tatkräftig für die schliesslich 1984 erfolgte Einführung des Frauenstimmrechts einsetzte, bislang die Qualität deutlich vor Quantität stellte, erwies sich bisher immerhin als der richtige und zielführende Weg, auf dem die Bürgerpartei deshalb auch Zeichen setzend weitermacht.

Programm pro Frauen

Im FBP-Programm, dem die in ein- und einhalb Jahren von einer breiten Basis erarbeiteten Leitlinien zugrunde liegen, macht die Bürgerpartei auch klare Aussagen zu einer Besserstellung der Frau in der Gesellschaft.

Besserstellung Alleinerziehender

Die FBP wird die Arbeitswelt der Frauen sicherstellen. Konkret stellt sich die Bürgerpartei vor: Ein verbessertes Tagesbetreuungsangebot, eine flexible Arbeitsgestaltung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Familienpflichten und die Verbesserung der Hil-



Mit der Nomination der Juristin und Mutter Dr. Cornelia Gassner als Regierungsrats-Kandidatin setzt die FBP ein weiteres Zeichen. Über ihre glanzvolle Nomination freuen sich Regierungschef-Kandidat Markus Büchel (links) und Regierungsrats-Kandidat Kurt Korner (Bild: bs)

festellung für Alleinerziehende soll dazu beitragen, die Arbeitswelt der Frauen sicherzustellen. In Härtefällen muss für Alleinerziehende die Möglichkeit geschaffen werden, schwere Zeiten schadlos zu überstehen. Zudem wird sich die FBP konsequent für die Chancengleichheit in der Arbeitswelt einsetzen.

Beruf «Hausfrau und Mutter»

Eine deutliche Wahlaussage der FBP

ist weiter, dass die Bürgerpartei «Hausfrau und Mutter» als Beruf endlich zur Anerkennung verhelfen will. Dies wird sich auf die Besteuerung und die soziale Absicherung, insbesondere in der AHV, vorteilhaft auswirken. Die Rentenerwartung darf durch die Kindererziehung nicht beeinträchtigt werden.

Klare Programmpunkte also, welche die FBP mit Frauen für Frauen umsetzen wird.

KOMMENTAR

«Stabilität» ist derzeit offensichtlich das Lieblings-Schlagwort im VU-Wahlkampf. Doch weshalb verspürt die derzeitige Mehrheitspartei ein derart drängendes Verlangen, der Wählerschaft und auch sich selbst regelrecht einzustampfen, nur sie könne Stabilität garantieren? Hat auch die VU-Führung erkannt, dass diese Stabilität in der jüngeren Vergangenheit bis wankte? Bei der Staatskrise vom 28. Oktober 1992 nämlich konnten weder VU noch Regierungschef für eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse sorgen. Schliesslich war es dem auch eine überparteiliche Gruppierung, die das «Miteinander» mit dem Staatsoberhaupt suchte und tatsächlich wieder Stabilität erzielte.

Stabilität wird bei der VU offenbar mit Machterhaltung gleichgesetzt. Diese Macht sieht die VU nicht nur durch die sich im Aufwind befindende FBP gefähr-

Neue Impulse durch eine dritte Kraft?

det, sondern auch durch die FL. Ein Mandatsverhältnis von 12:12:1, so befürchtet der Regierungschef, wäre «die für unser Land wohl am wenigsten wünschenswerte Konstellation, da diese Instabilität und damit eine Unsicherheit mit sich brächte» (Vaterland, 22. Januar). In der Tat: Für diesen Fall könnte die VU selbst mit ihrem Stimmzwang die Machtpolitik nicht mehr weiterbetreiben. Aber wäre eine dritte politische Kraft im Landtag tatsächlich eine Gefahr für unsere Demokratie?

Die Frage ist: Was hat diese dritte Partei zu bieten?

Es fällt auf, dass die Freie Liste mit ihrer Hauptforderung: «Diese Macht braucht Kontrolle» exakt und sogar mit denselben Worten die schon seit langem von der FBP aufgestellte Hauptforderung unterstützt.

Wer sich an der Wahlurne für «Macht braucht Kontrolle» entscheiden will, wird durch die FBP also bereits voll berücksichtigt. Auch der Slogan «mutig und unverbraucht» ist im Vergleich zur FBP nichts Neues, denn gerade für das Regierungschef-Amt wurde ein fähiger, integrierter und unverbraucher Kandidat nominiert. Eine dritte Kraft ja, aber bringt sie auch die erwünschten neuen Impulse?

Schade, dass die FL mit «Macht braucht Kontrolle» vor den Wahlen nichts Besseres zu tun weiss, als zwei deutlichen Volksentscheiden nachzutruern. Die vom Landtag einstimmig abgelehnten zwei FL-Initiativen wurden im letzten November vom Volk selten deutlich mit 75 Prozent (Diskriminierungsverbot) und 67 Prozent (Aufhebung der Sperrklausel) verworfen. Hier stellt sich die FL ein demokratisch denkbar schlechtes Zeugnis aus, wenn sie nun noch immer über diese deutlichen Volksentscheide lamentiert.

Gesetzten Falles, dass sie den Einzug in den Landtag schafft, wolle die FL, so steht's in ihrem Programm, «nicht Zünglein an der Waage spielen». Im Widerspruch dazu hält sie jedoch wenige Zeilen darunter fest, dass sie jenem Regierungschef-Kandidaten die Stimme geben würde, «dessen Partei auf unsere Programmpunkte am meisten Rücksicht nimmt». Für eine demokratische Bewegung ist es nicht eben eine ehrlich gemeinte Politik, wenn auf einmal Fähigkeit, Integrität und Unverbrauchtheit gar nicht erst beurteilt werden, sofern von einer Seite genügend Macht zugesprochen wird...

Dennoch: Mit Instabilität, wie dies die VU derzeit propagiert, hätte der Einzug einer dritten Kraft in den Landtag nichts zu tun. Und weil derzeit nichts konstanter ist als Wechsel und Veränderung, erscheint es bezüglich der Regierungskoalitions-Frage angebracht, die Wahlen abzuwarten. Denn wie betonte auch der Landesfürst nach der Staatskrise immer wieder: «Nach den Wahlen werden wir weitersuchen». (Martin Frommelt)

Liechtensteiner Bankplatz und EWR

Die Standortvorteile des Bankplatzes Liechtensteins sind mit dem EWR-Beitritt unseres Landes nicht bedroht. Diese zuversichtliche Aussage machte Dr. Heinz Batliner, Verwaltungsratspräsident der Verwaltungs- und Privat-Bank AG (VPBank) anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung des Geschäftsergebnisses 1992. Die für den Erfolg des Bankplatzes Liechtenstein ausschlaggebenden Rahmenbedingungen bilden nach seinen Worten nicht Gegenstand des «Acquis communautaire» der EG und sind somit nicht Bestandteil des EWR-Abkommens.

Bei einem EWR-Beitritt Liechtensteins, der vorerst bis zur Änderung des Zollvertrages nicht vollzogen wird, bleiben die Standortvorteile für den Bankplatz Liechtenstein erhalten, erklärte Dr. Heinz Batliner. Der EWR bringt nach seinen Aussagen keine Steuerharmonisierung und keine Steueramts-hilfe. Auch das Bankgeheimnis, das mit dem neuen Bankengesetz neu gefasst wurde, bleibt erhalten.

Nach den Worten von VPBank-Verwaltungsratspräsident Dr. Heinz Batliner wird auch das Holdingprivileg nicht angetastet: «Die für das liechtensteinische Gesellschaftswesen besonders wichtigen Gesellschaftsformen der Anstalt, der Stiftung sowie des Trusts sind von dieser Harmonisierung nicht betroffen.»

Appelle zur Marköffnung und zum Wachstum

23. Weltwirtschaftsforum in Davos eröffnet – Aufforderung zu mehr Risiko und Investitionen

Davos (AP) Mit Appellen zur Marköffnung und zur Wiederankurbelung des Wirtschaftswachstums ist am Donnerstagabend das 23. Weltwirtschaftsforum in Davos eröffnet worden. Bundespräsident Adolf Ogi forderte die Wirtschaftsführer zu mehr Risiko und Investitionen auf und versicherte, die Schweiz werde sich trotz des EWR-Neins nicht isolieren.

Das Motto der diesjährigen Zusammenkunft von mehr als 1200 Topmanagern, Politikern und Wissenschaftlern lautet «Die Sammlung aller Kräfte zur globalen Wiederbelebung». Ogi verwies in seiner Eröffnungsrede auf die zahlreichen Probleme, mit denen die Weltwirtschaft nach Jahren ununterbrochenen Wachstums kämpft. Seit mehr als zwei Jahren warte die Welt auf einen Wiederauf-

schwung in den OECD-Ländern. Mutige Schritte auf nationaler und internationaler Ebene seien jetzt unumgänglich. «Wir brauchen mehr Mut zum Risiko und zu Investitionen», sagte der Bundespräsident.

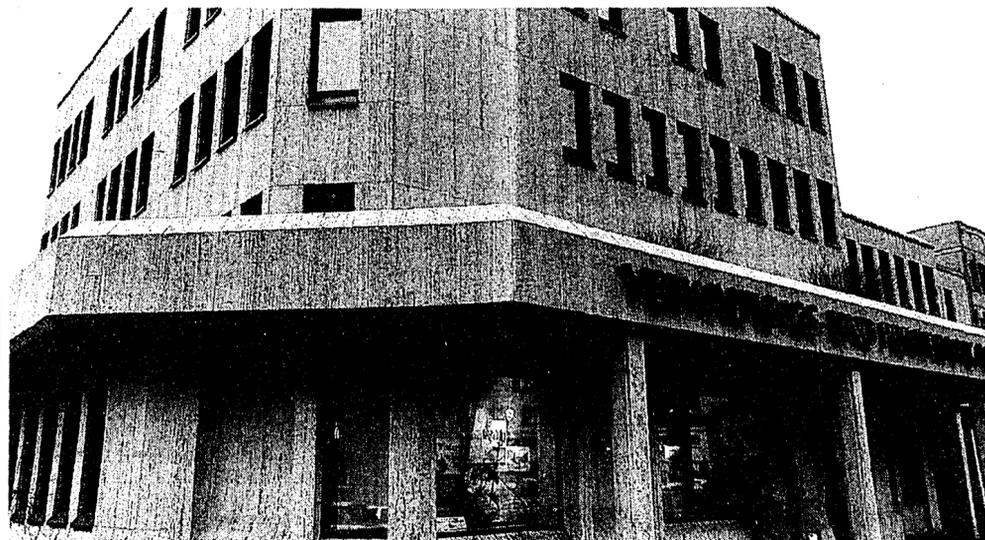
Ogi streifte auch die Probleme der Schweiz nach dem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Es wäre falsch zu glauben, die Schweiz könne sich nun isolieren. «Wir sind überzeugt, dass wir an der Dynamik in Europa teilhaben müssen», sagte der Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED). Deshalb gebe sich die Sceiz nicht damit zufrieden, ihre eigenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wesentlich zu verbessern. Sondern sie prüfe auch alle Optionen, die die Zusammenarbeit mit Eu-

ropa erleichterten. Darüber hinaus werde die Schweiz ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit ihren traditionellen Partnern in Übersee verstärken und eine angemessene Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern anstreben. Ogi verwies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung eines erfolgreichen und ausgeglichenen Abschlusses der Uruguay-Runde des GATT.

Der Gründer und Leiter des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, nannte als Schwerpunkte der Diskussionen die internationale Konjunkturschwäche, die zunehmende Konkurrenz im Welthandel, den Krieg im ehemaligen Jugoslawien sowie die politische Unsicherheit in anderen Regionen der Welt.

Stark gestiegener Reingewinn der VPBank AG

Erhöhung der Dividende angekündigt – Bilanzsumme wuchs auf 4,7 Milliarden Franken an



Die Verwaltungs- und Privat-Bank AG (VPBank) kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 1992 zurückblicken. Die Bilanzsumme stieg erneut um 10,5 Prozent an, der Reingewinn erhöhte sich um 22,9 Prozent auf 27,2 Millionen Franken. Mehr über das Geschäftsergebnis, das gestern an einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, auf Seite 5 der heutigen Ausgabe. (Bild: Beat Schurte)

Ihr
Fachgeschäft

Modehaus
Hannelore

20 Jahre
kaufen
schoon!

Freitag Abendverkauf bis 20.00 Uhr